

## 10.01.2018

## Niederschrift 005/2017

## **Kreistag**

am 12.12.2017 | Aula Hellweg Berufskolleg | Platanenallee 18 | 59425 Unna

Beginn 15:00 Uhr Ende 20:00 Uhr

### Anwesend:

### Vorsitzender

Herr Landrat Michael Makiolla

## Kreistagmitglieder SPD

Frau Jasmin Beisenherz

Herr Martin Blom

Frau Angelika Chur

Frau Brigitte Cziehso

Frau Martina Eickhoff

Herr Bernd Engelhardt

Herr Norbert Enters

Herr Hartmut Ganzke

Herr Jens Hebebrand

Herr Udo Holz

Frau Christine Hupe

Frau Renate Jung

Herr Jürgen Kerl

Herr Dirk Kolar

Herr Sascha Alexander Kudella

Frau Ursula Lindstedt

Herr Dieter Mendrina

Herr Gerd Oldenburg

Herr Hans-Jörg Piasecki

Herr Theodor Rieke

Frau Renate Schmeltzer-Urban

Herr Jens Schmülling

Herr Heinz Steffen

Frau Margarethe Strathoff

Frau Simone Symma

Herr Martin Wiggermann

Herr Herbert Ziegenbein

Herr Uwe Zühlke

### Kreistagmitglieder CDU

Herr Carsten Böckmann

Anwesend bis 16:05 Uhr | TOP 4.1

Herr Günter Bremerich

Herr Peter Dörner

Frau Annika Dresen

Herr Wilfried Feldmann

Herr Stefan Flick

Frau Claudia Gebhard

Herr Wilhelm Jasperneite

Herr Jan-Eike Kersting

Herr Dieter Kleinwächter Anwesend bis 18.00 Uhr | TOP 4.4.2

Herr Paul-Heinz Kranemann

Herr Herbert Krusel

Herr Olaf Lauschner

Herr Gerhard Meyer

Frau Elke Middendorf

Herr Martin Niessner

Frau Martina Plath Anwesend bis 19.00 Uhr | TOP 4.4.8

Frau Gabriele Richter Frau Ursula Schmidt

Herr Carl Schulz-Gahmen Anwesend bis 17.55 Uhr | TOP 4.4.2

Kreistagmitglieder BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Herr Hans-Ulrich Bangert

Herr Herbert Goldmann

Frau Sandra Heinrichsen

Frau Marion Küpper

Frau Stephanie Schmidt

Frau Anke Schneider

Kreistagmitglieder Linksfraktion

Frau Insa Bußmann

Herr Werner Sell

Kreistagmitglieder GFL-Lünen / UWG-Selm

Herr Kunibert Kampmann

Herr Helmut Rosenkranz

Anwesend ab 16:45 Uhr | TOP 4.1

Herr Dr. Hubert Seier

Kreistagmitglieder FDP

Herr Dieter Albert

Herr Michael Klostermann

Herr Julius Will

Kreistagmitglieder PIRATEN

Herr Christian Roß

Herr Ralf Schaefer

Kreistagmitglieder FW

Herr Helmut Stalz

Anwesend bis 19.57 Uhr | TOP 32

Verwaltung

Herr Dr. Thomas Wilk, Kreisdirektor

Herr Dr. Detlef Timpe, Dezernent

Herr Torsten Göpfert, Dezernent

Seite 2 von 33

Herr Dirk Wigant, Dezernent Frau Sabine Leiße, Leiterin Stabsstelle Planung und Mobilität Frau Katja Schuon, Leiterin Büro Landrat, Kreistag, Gleichstellung Frau Silke Schmücker, Schriftführerin

#### Abwesend:

Kreistagmitglieder SPD

Frau Ingrid Kroll

Kreistagmitglieder CDU

Herr Helmut Krause

Kreistagmitglieder BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Herr Klaus-Bernhardt Kühnapfel Herr Jochen Nadolski-Voigt

Kreistagmitglieder Linksfraktion

Herr Dieter Reichwald

Herr Landrat Makiolla begrüßt die anwesenden Damen und Herren und eröffnet die Sitzung.

Er beglückwünscht Herrn Zühlke zu dessen Geburtstag. Des Weiteren teilt er mit, dass Herr Nadolski-Voigt längerfristig erkrankt ist und er ihm im Namen des Kreistages Genesungswünsche übermitteln werde. Er richtet zudem Grüße des Erzbischofs Paderborn an das Gremium aus und dankt außerdem dem Märkischen Berufskolleg Unna für die Bereitstellung der Bewirtung.

Er teilt sodann mit, dass die Einladung zu der Sitzung am 30.11.2017 verschickt wurde. Da sich auf seine Frage hin niemand meldet, dem die Einladung nicht fristgerecht zugegangen ist, stellt er die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Kreistages fest.

Änderungswünsche zur Tagesordnung ergeben sich nicht. Herr Landrat Makiolla verliest die Ankündigung der Fraktionen SPD und CDU, vor dem Hintergrund der Diskussion im Ältestenrat die Verweisung der nicht haushaltsrelevanten Anträge ihrer Fraktionen in die zuständigen Fachausschüsse zu beantragen. Die Anträge auf Verweisung müssten jeweils zu den entsprechenden Tagesordnungspunkten gestellt werden, so Herr Landrat Makiolla. Für die Verweisung sei gemäß der Geschäftsordnung des Kreistages eine Mehrheit von 2/3 der abgegebenen Stimmen erforderlich.

## Tagesordnung:

### Öffentlicher Teil

Punkt 1 Bestellung einer Schriftführerin

Punkt 2 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Punkt 3 194/17 Ersatzberufung eines Mitglieds des Verwaltungsausschusses der Agentur für Arbeit

Hamm

Punkt 4 Haushalt 2018 - Verabschiedung

Punkt 4.1 Haushaltsreden

Punkt 4.2 160/17 Wirkungsorientierte Steuerung: Projektstand und Abbildungen im Produkthaushalt

2018

Punkt 4.2.1	205/17	Budget 51, Familie und Jugend: Kennzahlen erweitern; Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 06.12.2017
Punkt 4.3	156/17/1	Stellenplan für das Jahr 2018
Punkt 4.3.1	206/17	Kreis als Koordinierungsstelle in Fragen der Luftreinhaltung; Schaffung eines halben Vollzeitäquivalents für zwei Jahre; Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 06.12.2017
Punkt 4.3.2	200/17	Nahtlose Weiterführung des Landes-Aktionsprogramms "KOMM-AN NRW"; Antrag der FDP-Fraktion vom 29.11.2017
Punkt 4.3.3	209/17	Einrichtung von 10 Fallmanager-Stellen für die Haushaltsjahre 2018 - 2021; Antrag der Linksfraktion vom 06.12.2017
Punkt 4.3.4	210/17	Umsetzung von Maßnahmen zur Wirkungsorientierten Steuerung im Handlungsfeld Wirtschaft und Arbeit - Einrichtung von 3,0 VZÄ-Stellen; Antrag der FDP-Fraktion vom 06.12.2017
Punkt 4.3.5	234/17	Halbierung der Anzahl jugendlicher Arbeitsloser bis zum Jahr 2020 (DS 156/17/1, Ziffer 1); Antrag der Fraktionen SPD und CDU vom 05.12.2017
Punkt 4.4	196/17/1	Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2018; Änderungen des Entwurfes und Beschlussfassung über die Einwendungen der Städte und Gemeinden
Punkt 4.4.1	201/17	Marketing-Maßnahmen im Vorfeld der Wiedereröffnung der Ausstellungsräumlich- keiten auf Schloss Cappenberg ergreifen; Antrag der FDP-Fraktion vom 29.11.2017
Punkt 4.4.2	202/17	Maßnahmen zur Minderung der Mietzahlungen für die Mietsache "Ausstellungs- räumlichkeiten auf Schloss Cappenberg" treffen; Antrag der FDP-Fraktion vom 29.11.2017
Punkt 4.4.3	203/17	Streichung der Mittel für die Förderung von Kulturveranstaltungen mit überregionaler Bedeutung; Antrag der FDP-Fraktion vom 29.11.2017
Punkt 4.4.4	219/17	60 Jahre Heinz-Hilpert-Theater durch den Kreis Unna unterstützen; Antrag der Fraktionen SPD und CDU vom 05.12.2017
Punkt 4.4.5	223/17	Museumspädagogik für Kinder und Jugendliche stärken und Transfer für Schulklassen unterstützen; Antrag der Fraktionen SPD und CDU vom 05.12.2017
Punkt 4.4.6	204/17	Senkung des Hebesatzes der Allgemeinen Kreisumlage durch eine Einsetzung der bilanziellen Ausgleichsrücklage in Höhe von 4,1 Mio. Euro; Antrag des FW-Mitglieds vom 05.12.2017

Punkt 4.4.7	212/17	Start des Projekts "Kommunal wird Digital" im Rahmen der Interkommunalen Zusammenarbeit und Bereitstellung von Planungskosten; Antrag der FDP-Fraktion vom 06.12.2017
Punkt 4.4.8	221/17	Kosten der Unterkunft; Antrag der Fraktionen SPD und CDU vom 05.12.2017
Punkt 4.4.9	236/17	Erhöhung des Haushaltsansatzes für das Kommunale Integrationszentrum, Maßnahme "Demokratie und Rassismus in den Kommunen"; Antrag der Linksfraktion vom 09.12.2017
Punkt 4.4.10	225/17	Reduzierung der Haushaltsmittel für die Nachhaltigkeitsstrategie; Antrag der Fraktionen SPD und CDU vom 05.12.2017
Punkt 4.4.11	207/17	Bereitstellung von Haushaltsmitteln zur Fortführung der Nachhaltigkeitsstrategie; Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 06.12.2017
Punkt 4.4.12	208/17	Haushaltmittel Ökologiestation; Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 06.12.2017
Punkt 4.4.13	227/17	Erhöhung der Haushaltsmittel für das Projekt "Naturerlebnis Lippeauen"; Antrag der Fraktionen SPD und CDU vom 05.12.2017
Punkt 5	180/17	Entwurf des Gesamtabschlusses für das Geschäftsjahr 2014
Punkt 6	179/17	Beteiligungsbericht für das Geschäftsjahr 2016
Punkt 7		Strukturen der Beteiligung des Kreises Unna weiter optimieren; Tagesordnungspunktaufnahmeverlangen der Fraktionen SPD und CDU vom 27.11.2017
Punkt 7.1	230/17	Antrag der Fraktionen SPD und CDU vom 05.12.2017
Punkt 8		Betriebsgesellschaft Haus Opherdicke; Tagesordnungspunktaufnahmeverlangen der Fraktionen SPD und CDU vom 27.11.2017
Punkt 8.1	214/17	Antrag der Fraktionen SPD und CDU vom 05.12.2017
Punkt 9	174/17	Beitritt des Kreises Unna zur d-NRW AöR
Punkt 10		Rahmenbedingungen für Ausbildung beim Konzern Kreis verbessern; Tagesordnungspunktaufnahmeverlangen der Fraktionen SPD und CDU vom 27.11.2017
Punkt 10.1	226/17	Antrag der Fraktionen SPD und CDU vom 05.12.2017
Punkt 11		Einführung eines Regionaltickets prüfen; Tagesordnungspunktaufnahmeverlangen der Fraktionen SPD und CDU vom 27.11.2017
Punkt 11.1	215/17	Antrag der Fraktionen SPD und CDU vom 05.12.2017
Punkt 12		Zeitnahe Einführung eines Azubiticket unterstützen; Tagesordnungspunktaufnahmeverlangen der Fraktionen SPD und CDU vom 27.11.2017

Punkt 12.1	233/17	Zeitnahe Einführung des Azubitickets unterstützen Antrag der Fraktionen SPD und CDU vom 05.12.2017
Punkt 12.2	211/17	Konzept zur Einführung eines Azubi-Tickets und Bereitstellung von Planungskosten; Antrag der FDP-Fraktion vom 06.12.2017
Punkt 13		Ein einfaches Ticketwesen ist kundenfreundlich; Tagesordnungspunktaufnahmever- langen der Fraktionen SPD und CDU vom 27.11.2017
Punkt 13.1	217/17	Antrag der Fraktionen SPD und CDU vom 05.12.2017
Punkt 14		Nahverkehrsplan Kreis Unna; Tagesordnungspunktaufnahmeverlangen der Fraktionen SPD und CDU vom 27.11.2017
Punkt 14.1	220/17	Antrag der Fraktionen SPD und CDU vom 05.12.2017
Punkt 15		Aufnahme von Planungen für Lückenschluss zwischen dem Radwegenetz des Kreises Unna und dem Münsterland; Tagesordnungspunktaufnahmeverlangen der Fraktionen SPD und CDU vom 27.11.2017
Punkt 15.1	213/17	Antrag der Fraktionen SPD und CDU vom 05.12.2017
Punkt 16		Ausstattung Notarzteinsatzfahrzeuge verbessern; Tagesordnungspunktaufnahmeverlangen der Fraktionen SPD und CDU vom 27.11.2017
Punkt 16.1	216/17	Antrag der Fraktionen SPD und CDU vom 05.12.2017
Punkt 17	165/17	Gründung einer "Unechten Arbeitsgemeinschaft" für die Ausbildung im Bereich der Feuerwehren
Punkt 18	185/17	Alarmierung der Bevölkerung im Falle eines Großschadensereignisses; Tagesordnungspunktaufnahmeverlangen und Antrag der CDU-Fraktion vom 09.11.2017
Punkt 18.1	197/17	Warnung der Bevölkerung im Kreis Unna durch Sirenen; Sachstandsbericht
Punkt 19		Fortbestand Sozialticket; Tagesordnungspunktaufnahmeverlangen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 27.11.2017
Punkt 19.1	199/17	Resolution an die Landesregierung NRW: Erhalt der Finanzierung des Sozialtickets; Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 28.11.2017
Punkt 20	167/17	Vereinbarungen zur Umsetzung und Mitfinanzierung der Schuldnerberatung im Kreis Unna
Punkt 21	181/17	Richtlinien des Kreises Unna über die Gewährung angemessener Unterkunfts- und Heizkosten; Festsetzung neuer Richtwerte für die Angemessenheit

Punkt 22		Medizinstipendium Kreis Unna - Ärztemangel im Kreis rechtzeitig begegnen; Tagesordnungspunktaufnahmeverlangen der Fraktionen SPD und CDU vom 27.11.2017
Punkt 22.1	218/17	Antrag der Fraktionen SPD und CDU vom 05.12.2017
Punkt 23		Psychiatrische Versorgung von Kindern und Jugendlichen; Tagesordnungspunkt- aufnahmeverlangen der Fraktionen SPD und CDU vom 27.11.2017
Punkt 23.1	224/17	Antrag der Fraktionen SPD und CDU vom 05.12.2017
Punkt 24		Weitere Erschließung Inlogpark sichern; Tagesordnungspunktaufnahmeverlangen der Fraktionen SPD und CDU vom 27.11.2017
Punkt 24.1	232/17	Antrag der Fraktionen SPD und CDU vom 05.12.2017
Punkt 25		Realisierung der K40n während der Vollsperrung 2018; Tagesordnungspunktaufnahmeverlangen der Fraktionen SPD und CDU vom 27.11.2017
Punkt 25.1	228/17	Antrag der Fraktionen SPD und CDU vom 05.12.2017
Punkt 26		Nutzung der Kreisstraßenränder als Blühstreifen zur Aufrechterhaltung der Insektenartenvielfalt; Tagesordnungspunktaufnahmeverlangen der Fraktionen SPD und CDU vom 27.11.2017
Punkt 26.1	222/17	Antrag der Fraktionen SPD und CDU vom 05.12.2017
Punkt 26.2	235/17	Aufrechterhaltung der Insektenvielfalt; Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 11.12.2017
Punkt 27		Rekultivierung der landwirtschaftlich genutzten Flächen im Kreis Unna für eine ökologisch nachhaltige Bewirtschaftung; Tagesordnungspunktaufnahmeverlangen der Fraktionen SPD und CDU vom 27.11.2017
Punkt 27.1	229/17	Antrag der Fraktionen SPD und CDU vom 05.12.2017
Punkt 28	173/17	Achtzehnte Änderungssatzung zur Vierten Abfallgebührensatzung des Kreises Unna vom 07.12.1998 (18. ÄS) - Festlegung der Abfallgebührensätze des Jahres 2018
Punkt 29	182/17	Einleitungsbeschluss zur Änderung von Landschaftsplänen
Punkt 30	184/17	Technologiezentren im Kreis Unna; Bericht der Wirtschaftsförderungsgesellschaft
Punkt 31		Vernetzung der Musikschulen im Kreis Unna fördern; Tagesordnungspunktaufnahmeverlangen der Fraktionen SPD und CDU vom 27.11.2017
Punkt 31.1	231/17	Antrag der Fraktionen SPD und CDU vom 05.12.2017
Punkt 32		Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

### Nichtöffentlicher Teil

Punkt 33 183/17 Grunderwerb und freiwilliger Landtausch für Naturschutzzwecke in Lünen, Kamen

und Bönen

Punkt 34 Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

### Öffentlicher Teil

## Punkt 1 Bestellung einer Schriftführerin

#### **Beschluss**

Auf Vorschlag von Herrn Landrat Makiolla wird Frau Silke Schmücker zur Schriftführerin für diese Sitzung des Kreistages bestellt.

### Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

### Punkt 2 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Fragen von Einwohnerinnen oder Einwohnern ergeben sich nicht.

## Punkt 3 194/17 Ersatzberufung eines Mitglieds des Verwaltungsausschusses der Agentur

für Arbeit Hamm

### **Beschluss**

Der Bezirksregierung Arnsberg wird vorgeschlagen, Herrn Bürgermeister Stephan Rotering (Gemeinde Bönen) für die restliche Dauer der 13. Amtsperiode (bis 30.06.2022) als Mitglied des Verwaltungsausschusses der Agentur für Arbeit Hamm zu berufen.

## <u>Abstimmungsergebnis</u>

einstimmig beschlossen

### Punkt 4 Haushalt 2018 - Verabschiedung

### **Erörterung**

Herr Kreisdirektor Dr. Wilk kündigt zum Verfahren an, dass der Steuerungsdienst unmittelbar nach der Beschlussfassung des Kreistages über die Anträge der Fraktionen zum Haushalt die Auswirkungen dieser Beschlüsse auf den Hebesatz und die Zahllast der Kreisumlage berechnen und dem Gremium mitteilen werde, bevor dann die Beschlussfassung über den Gesamthaushalt erfolge.

#### Punkt 4.1 Haushaltsreden

### **Erörterung**

Zum Haushalt 2018 tragen sodann Frau Cziehso für die SPD-Fraktion, Herr Jasperneite für die CDU-Fraktion, Herr Goldmann für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Frau Bußmann für die Linksfraktion, Herr Kampmann für die Fraktion GFL-Lünen/UWG-Selm, Herr Klostermann für die FDP-Fraktion, Herr Roß für die Gruppe PIRATEN und Herr Stalz (FW) vor. Die Haushaltsreden sind der Niederschrift als Anlagen 1-8 beigefügt.

Anschließend wird die Sitzung um 17.00 Uhr für eine Pause unterbrochen. Um 17.15 Uhr wird die Sitzung fortgesetzt.

## Punkt 4.2 160/17 Wirkungsorientierte Steuerung: Projektstand und Abbildungen im Produkthaushalt 2018

Der Projektstand der Wirkungsorientierten Steuerung wird zur Kenntnis genommen.

Herr Landrat Makiolla erläutert den vorgesehenen Ablauf der weiteren Beratungen. Die Anträge der Fraktionen zum Haushalt seien in einer gesonderten Liste (vgl. Anlage 9) thematisch geordnet und auch in der Tagesordnung entsprechend sortiert worden. Bei der Beratung und Abstimmung der Anträge werde er entsprechend der Reihenfolge dieser Liste vorgehen.

Anschließend würden, wie vom Kreisdirektor bereits angekündigt, die finanziellen Auswirkungen der beschlossenen Anträge errechnet und mitgeteilt, bevor er dann über den Stellenplan und die Haushaltssatzung abstimmen lasse.

Herr Landrat Makiolla ruft sodann die einzelnen Anträge zur Beratung auf.

## Punkt 4.2.1 205/17 Budget 51, Familie und Jugend: Kennzahlen erweitern; Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 06.12.2017

### Erörterung

Herr Goldmann bezieht sich auf die im Kreisausschuss am vorhergehenden Tag geführte Diskussion und beantragt, den Antrag zur weiteren Beratung an die Strategiekommission sowie, auf Vorschlag des Landrates, an den Jugendhilfeausschuss zu verweisen.

### **Beschluss**

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN "Budget 51, Familie und Jugend: Kennzahlen erweitern" (DS 205/17) wird zur weiteren Beratung an die Strategiekommission und den Jugendhilfeausschuss verwiesen.

### <u>Abstimmungsergebnis</u>

einstimmig beschlossen

Punkt 4.3.1 206/17

Kreis als Koordinierungsstelle in Fragen der Luftreinhaltung; Schaffung eines halben Vollzeitäquivalents für zwei Jahre; Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 06.12.2017

### **Erörterung**

Herr Goldmann erklärt, dass die Umsetzung des Antrags nur mit Zustimmung der Bürgermeisterin und der Bürgermeister im Kreis sinnvoll sei. Nach Mitteilung von Herrn Landrat Makiolla erfolge eine entsprechende Abstimmung am 13.12.2017. Daher sei eine Beratung des Antrags heute aus seiner Sicht nicht erforderlich.

Herr Enters schlägt vor, den Antrag im nächsten Sitzungslauf zunächst im Ausschuss für Natur und Umwelt fachlich zu beraten.

### **Beschluss**

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 06.12.2017, "Kreis als Koordinierungsstelle in Fragen der Luftreinhaltung; Schaffung eines halben Vollzeitäquivalents für zwei Jahre" (DS 206/17), wird an den Ausschuss für Natur und Umwelt verwiesen.

<u>Abstimmungsergebnis</u>

einstimmig beschlossen

Punkt 4.3.2 200/17

Nahtlose Weiterführung des Landes-Aktionsprogramms "KOMM-AN NRW"; Antrag der FDP-Fraktion vom 29.11.2017

### **Erörterung**

Für die FDP-Fraktion knüpft Herr Will an die Erläuterungen von Herrn Klostermann in dessen Haushaltsrede zur Bedeutung des Programms "KOMM-AN NRW" an und wirbt um Zustimmung für den Antrag seiner Fraktion, mit dem die nahtlose Weiterführung des Programms bis zur weiteren Landesförderung gesichert werden solle.

Frau Chur für die SPD-Fraktion und Herr Bangert für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN heben ebenfalls die große Bedeutung des Programms für die Unterstützung der ehrenamtlich in der Flüchtlingshilfe tätigen Kräfte hervor und befürworten den Antrag.

### **Beschluss**

Für die nahtlose Weiterführung des Aktionsprogramms "KOMM-AN NRW" zur Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements in der Flüchtlingshilfe und der Integration von Flüchtlingen werden auch über das derzeitige Auslaufen des Projektes zum Ende des Jahres 2017 – auch wenn eine Verlängerung durch das Land NRW in Aussicht gestellt worden ist – 1,5 VZÄ vorgehalten.

Abstimmungsergebnis einstimmig beschlossen

# Punkt 4.3.3 209/17 Einrichtung von 10 Fallmanager-Stellen für die Haushaltsjahre 2018 - 2021; Antrag der Linksfraktion vom 06.12.2017

### **Erörterung**

Herr Sell begründet den Antrag und bezieht sich dabei auf die Ausführungen von Frau Bußmann in der Haushaltsrede. Er unterstreicht, dass sich nach den von der Verwaltung vorgelegten Zahlen die Einrichtung der zusätzlichen Stellen durch die erwarteten Ersparnisse bei den Kosten der Unterkunft schnell amortisieren werde.

Für die SPD-Fraktion weist Herr Wiggermann darauf hin, dass die von Herrn Sell genannten Zahlen den Stand von vor zwei Jahren abbildeten. Er belegt seinerseits anhand aktueller Zahlen die landesweit überdurchschnittlich gute und erfolgreiche Arbeit des Jobcenters. Auch die gute Konjunktur sowie die Bundesprogramme "Soziale Teilhabe" und "Neustart" hätten zu der rasanten positiven Entwicklung der letzten Jahre beigetragen. Bei der Betrachtung der Zahlen müsse berücksichtigt werden, dass Alleinerziehende häufig Geringverdiener und damit als Aufstocker wieder im Leistungsbezug seien.

Die gute Entwicklung zeige, dass man sehr viel für die Zielgruppe der Langzeitarbeitslosen getan habe. Die Eingliederungsmittel seien im letzen Jahr zu 99 Prozent ausgeschöpft worden, und ohne diese begleitenden Mittel seien weitere Langzeitarbeitslose nicht in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Für eine Verbesserung des Ergebnisses würden daher aus Sicht der SPD-Fraktion die von der Linksfraktion beantragten Stellen im kommenden Jahr nicht benötigt, so Herr Wiggermann zusammenfassend. Diese Einschätzung habe der Geschäftsführer des Jobcenters bestätigt. Die genannten Programme liefen auch 2018 weiter; 2019 müsse man dann neu diskutieren.

Für die CDU-Fraktion unterstützt Herr Meyer die Ausführungen von Herrn Wiggermann und weist darauf hin, dass der Arbeitsmarkt trotz der in den letzten Jahren verbesserten Konjunktur im deutschlandweiten Vergleich noch nicht einmal "durchschnittlich" sei. Insbesondere Alleinerziehende seien schwer zu vermitteln. Hier benötige man eher noch eine Mittelerhöhung im Bereich der von Herrn Wiggermann erwähnten Arbeitgeberzuschüsse. Wesentlich für noch mehr Integration in den Arbeitsmarkt sei vor allem die Schaffung weiterer sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze. Das Drehen an nur einer Stellschraube sei nicht zielführend.

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erklärt Herr Goldmann, der Antrag gehe in die richtige Richtung, wenn auch die Zahl der beantragten Stellen zunächst hoch erscheine. Bereits vor einem Jahr hätten SPD- und CDU-Fraktion hinsichtlich dieses Antrags der Linksfraktion zunächst die weitere Entwicklung abwarten wollen, und nun scheine man sich erneut bis 2019 in eine Zeitschleife begeben zu wollen. Er bedauere, dass die beiden großen Fraktionen sich nicht darum bemüht hätten, einen für alle tragbaren Kompromissvorschlag zu erarbeiten.

### Beschlussvorschlag

Die Einrichtung von 10 Fallmanager-Stellen für die Haushaltsjahre 2018 – 2021 wird beschlossen.

## <u>Abstimmungsergebnis</u>

mehrheitlich nicht beschlossen (11 Ja-Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Linksfraktion und GFL-Lünen/UWG-Selm, 53 Nein-Stimmen der Fraktionen SPD, CDU, FDP, der Gruppe PIRATEN sowie des Landrates, 1 Enthaltung FW)

Punkt 4.3.4 210/17

Umsetzung von Maßnahmen zur Wirkungsorientierten Steuerung im Handlungsfeld Wirtschaft und Arbeit - Einrichtung von 3,0 VZÄ-Stellen; Antrag der FDP-Fraktion vom 06.12.2017

### Erörterung

Herr Landrat Makiolla erläutert einleitend, dass die Anträge unter den Tagesordnungspunkten 4.3.4 und 4.3.5 im Zusammenhang zu sehen seien. Die Einrichtung von drei Vollzeitstellen sei bereits auf der Änderungsliste der Verwaltung vorgesehen. In den Anträgen gehe es um eine Befristung der Stellen. Der FDP-Antrag sehe diese für 5 Jahre vor und werde als weitergehender Antrag vor dem Antrag der Fraktionen SPD und CDU auf eine Befristung für drei Jahre abgestimmt.

Für die FDP-Fraktion erklärt Herr Klostermann, er halte den Zeitraum von drei Jahren für zu kurz, um nachhaltige Erfolge zu sehen.

Für die SPD-Fraktion argumentiert Frau Cziehso, man habe den Zeitraum von drei Jahren in Anlehnung der Laufzeit des Projektes des Landrates zur Halbierung der Jugendarbeitslosigkeit bis 2020 gewählt. Geplant seien jährliche Berichte zur Erfolgskontrolle. Nach drei Jahren könne man über eine Fortsetzung entscheiden.

Für die Fraktion BÜNDNIIS 90/DIE GRÜNEN führt Herr Goldmann aus, nach seinem Verständnis beinhalte die Wirkungsorientierte Steuerung eine regelmäßige Evaluation aller Maßnahmen, so dass eine Befristung überflüssig sei. Aus seiner Sicht sei die Intensivbetreuung schwer vermittelbarer Jugendlicher eine Daueraufgabe für den Kreis. Eine Befristung berge nur das Risiko, dass man qualifiziertes Personal verliere.

Frau Cziehso stellt klar, dass es um die Befristung der Maßnahme gehe, nicht um eine Befristung von Arbeitsverträgen.

Herr Landrat Makiolla bestätigt auf Nachfrage von Herrn Sell, dass die weitere Beschäftigung der Stelleninhaber beim Jobcenter bzw. beim Kreis Unna auch nach Beendigung der Maßnahme gesichert sei.

Er stellt sodann zunächst den Antrag der FDP-Fraktion zur Abstimmung.

### Beschlussvorschlag

Für das Ziel der Halbierung der Anzahl jugendlicher Arbeitsloser, welches spätestens bis zum Jahr 2020 erreicht werden soll, werden 3,0 VZÄ-Stellen eingerichtet. Die Stellen werden befristet auf fünf Jahre besetzt.

### <u>Abstimmungsergebnis</u>

mehrheitlich nicht beschlossen (16 Ja-Stimmen der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Linksfraktion, GFL-Lünen/UWG-Selm und FDP sowie der Gruppe PIRATEN, 48 Nein-Stimmen der Fraktionen SPD, CDU, sowie des Landrates, 1 Enthaltung FW)

Punkt 4.3.5 234/17 Halbierung der Anzahl jugendlicher Arbeitsloser bis zum Jahr 2020 (DS 156/17/1, Ziffer 1);

Antrag der Fraktionen SPD und CDU vom 05.12.2017

<u>Erörterung</u>

siehe Punkt 4.3.4

### **Beschluss**

Die Finanzierung der Intensivbetreuung und Förderung schwer vermittelbarer Jugendlicher gemäß § 16a SGB II im Jobcenter durch den Kreis Unna ist zunächst auf drei Jahre zu befristen.

### <u>Abstimmungsergebnis</u>

mehrheitlich beschlossen (50 Ja-Stimmen der Fraktionen SPD, CDU und FDP (2) sowie des Landra-

tes, 12 Nein-Stimmen der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Linksfraktion, GFL-Lünen/UWG-Selm (2) und der Gruppe PIRATEN, 3 Enthaltungen der Fraktionen EDR und GFL Lünen/UWG-Selm gewis des Vertreters EW)

der Fraktionen FDP und GFL-Lünen/UWG-Selm sowie des Vertreters FW)

Punkt 4.4.1 201/17 Marketing-Maßnahmen im Vorfeld der Wiedereröffnung der Ausstellungs-

räumlichkeiten auf Schloss Cappenberg ergreifen;

Antrag der FDP-Fraktion vom 29.11.2017

### Erörterung

Für die FDP-Fraktion begründet Herr Will den Antrag. Deckungsvorschlag für die Aufwendungen sei der Antrag seiner Fraktion auf Streichung der Mittel für die Förderung von Kulturveranstaltungen mit überregionaler Bedeutung in Höhe von 12.800 Euro (Tagesordnungspunkt 4.4.3).

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erklärt Frau Schneider, bislang habe man den Eindruck, dass die Werbung für Schloss Cappenberg bereits gut und professionell durch die Verwaltung initiiert werde und stellt die Notwendigkeit zusätzlicher Mittel in Frage. Auch lehne ihre Fraktion die Streichung der Mittel für die Förderung der Kulturveranstaltungen als Deckungsvorschlag ab.

Herr Engelhardt für die SPD-Fraktion und Herr Kampmann für die Fraktion GFL-Lünen/UWG-Selm äußern sich entsprechend.

Herr Kampmann erkundigt sich, ob die Kulturfördermittel den vergangenen Jahren jeweils voller Höhe abgerufen wurden. Anderenfalls könnte man über die Verschiebung eines Teilbetrages nachdenken.

Herr Kreisdirektor Dr. Wilk weist darauf hin, dass während des Umbaus von Schloss Cappenberg Ausstellungen in der Stiftskirche stattfänden, um das Stammpublikum zu halten. Aus seiner Sicht funktioniere dieses Konzept gut.

### Beschlussvorschlag

Der Landrat wird beauftragt, im Jahr 2018 notwendige Marketing-Maßnahmen zu ergreifen, so dass mit der für das Frühjahr 2019 geplanten Wiedereröffnung der Ausstellungsräumlichkeiten auf Schloss Cappenberg an die früheren Erfolge bestenfalls nahtlos angeknüpft werden kann.

Aus diesem Grund ist im Vorfeld der Eröffnung eine Werbeoffensive zu initiieren, die schon im Jahr 2018 ihren Anfang nimmt. Im Kreishaushalt 2018 sind daher entsprechende Mittel in Höhe von 12.800 Euro einzuplanen.

### Abstimmungsergebnis

mehrheitlich nicht beschlossen (3 Ja-Stimmen der FDP-Fraktion, 62 Nein-Stimmen der Fraktionen SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Linksfraktion, GFL-Lünen/UWG-Selm, der Gruppe PIRATEN, des Vertreters FW sowie des Landrates)

Punkt 4.4.2 202/17 Maßnahmen zur Minderung der Mietzahlungen für die Mietsache "Ausstellungsräumlichkeiten auf Schloss Cappenberg" treffen;
Antrag der FDP-Fraktion vom 29.11.2017

### Erörterung

Herr Klostermann stellt klar, Intention der FDP-Fraktion sei nicht die Aussetzung der Mietzahlung seitens des Kreises, sondern es sollten Verhandlungen über eine Mietminderung aufgrund des eingeschränkten Nutzungsangebots der Räume auf Schloss Cappenberg erfolgen.

Herr Kreisdirektor Dr. Wilk erläutert kurz die Rechtslage. Für die Frage, ob während des fortdauernden Umbaus ab Januar 2017 Miete zu zahlen sei, werde es darauf ankommen, ob der Eigentümer die Verzögerung des Umbaus zu verantworten habe. Seit Januar 2017 seien zunächst keine Mietzahlungen mehr erfolgt. Vor der Wiedereröffnung werde man sich mit dem Landschaftsverband und dem Eigentümer entsprechend verständigen müssen.

Herr Jasperneite führt aus, CDU- und SPD-Fraktion würden den Antrag mit der von Herrn Klostermann verdeutlichten Intention unterstützen.

### **Beschluss**

Der Landrat wird beauftragt, unverzüglich alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, dass die Mietzahlungen für die Mietsache "Ausstellungsräumlichkeiten auf Schloss Cappenberg", die mit einer Höhe von insgesamt 130.000 Euro (Mietzins plus Nebenkosten) im kommenden Jahr im Haushalt veranschlagt sind, gemindert werden, solange die Mietsache nicht in dem Maße genutzt werden kann, wie es vertraglich vereinbart ist.

<u>Abstimmungsergebnis</u> einstimmig beschlossen

Punkt 4.4.3 203/17 Streichung der Mittel für die Förderung von Kulturveranstaltungen mit überregionaler Bedeutung;

Antrag der FDP-Fraktion vom 29.11.2017

### Erörterung

Herr Landrat Makiolla weist einleitend darauf hin, dass die Anträge der FDP-Fraktion zur Streichung der Mittel für die Förderung von Kulturveranstaltungen mit überregionaler Bedeutung sowie von SPD- und CDU-Fraktion zur Unterstützung des Jubiläums des Heinz-Hilpert-Theaters unter dem folgenden TOP 4.4.4 im Zusammenhang zu betrachten und zu diskutieren seien. Finde der Antrag der FDP-Fraktion auf Streichung der Mittel eine Mehrheit, könne über die von SPD- und CDU-Fraktion beantragte Zweckbindung nicht mehr abgestimmt werden.

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stellt Frau Schneider die Bedeutung der Förderung für Kulturinitiativen dar und spricht sich sowohl gegen eine Streichung als auch gegen eine Zweckbindung aus. Wenn man das Heinz-Hilpert-Theater fördern wolle, sollte man den Ansatz entsprechend aufstocken.

Für die SPD-Fraktion erklärt Frau Cziehso, man werde dem Antrag der FDP-Fraktion auf Streichung der Mittel nicht zustimmen. Vielmehr wolle man die Mittel in diesem Jahr nutzen, um das jahrzehntelang währende Engagement des Kreises Unna für das Heinz-Hilpert-Theater anlässlich des dortigen Jubiläums entsprechend herauszustellen.

Herr Stalz spricht sich gegen die Streichung der Mittel aus. Hinsichtlich der Zweckbindung plädiert er für einen Kompromiss dahingehend, dass dem Heinz-Hilpert-Theater zwar ein größerer, aber nicht der gesamte Förderbetrag für das Jubiläum zur Verfügung gestellt werde, damit auch Mittel für die kleineren Initiativen blieben.

Für die Fraktion GFL-Lünen/UWG-Selm verweist Herr Kampmann auf die geringen Beträge, über die man im Vergleich zum gesamten Haushaltsvolumen diskutiere und spricht sich ebenfalls dagegen aus, die Mittel zu streichen oder sie den kleineren Initiativen durch eine Zweckbindung zu entziehen. Er schlage vor, die Mittel zur Förderung von Kulturveranstaltungen ohne Zweckbindung im Haushalt zu belassen und dem Heinz-Hilpert-Theater für das 60-jährige Jubiläum zusätzlich eine Förderung von 10.000 Euro zu gewähren.

Herr Klostermann führt aus, die FDP-Fraktion wolle die kleinteilige Förderung von Kulturveranstaltungen in den Städten und Gemeinden nicht fortsetzen, sondern sich auf das Drei-Säulen-Modell des Kreises konzentrieren, und beantrage daher die Streichung der Mittel. Man erkenne die Bedeutung der Kulturveranstaltungen an, aber es sei nicht Aufgabe des Kreises, diese zu fördern.

Herr Jasperneite erklärt, die CDU-Fraktion werde die von der FDP beantragte Streichung der Mittel nicht mittragen. Er könne sich jedoch vorstellen, die Mittel für das Heinz-Hilpert-Theater zusätzlich zu den Mitteln für die Förderung von Kulturveranstaltungen zu beantragen. Auf Nachfrage von Herrn Landrat Makiolla kündigt Herr Jasperneite an, zum nächsten Tagesordnungspunkt einen entsprechenden Antrag zu formulieren.

Herr Kreisdirektor Dr. Wilk erklärt auf die von Herrn Kampmann unter TOP 4.4.1 gestellte Nachfrage, dass die Mittel für die Förderung von Kulturveranstaltungen in den vergangenen Jahren größtenteils ausgeschöpft worden seien. Über die Förderung werde im Ausschuss für Bildung und Kultur entschieden.

### Beschlussvorschlag

Die im Haushaltsentwurf 2018 eingestellten Mittel für die Förderung von Kulturveranstaltungen mit überregionaler Bedeutung in Höhe von 12.800 Euro werden gestrichen.

### <u>Abstimmungsergebnis</u>

mehrheitlich nicht beschlossen (3 Ja-Stimmen der FDP-Fraktion, 60 Nein-Stimmen der Fraktionen SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Linksfraktion, GFL-Lünen/UWG-Selm, der Gruppe PIRATEN, des Vertreters FW sowie des Landrates)

## Punkt 4.4.4 219/17 60 Jahre Heinz-Hilpert-Theater durch den Kreis Unna unterstützen; Antrag der Fraktionen SPD und CDU vom 05.12.2017

### **Erörterung**

Die unter TOP 4.4.3 begonnene Diskussion wird fortgesetzt. Herr Landrat Makiolla bittet Herrn Jasperneite, die beabsichtigte Änderung des Beschlussvorschlags des gemeinsamen Antrags von SPD und CDU schriftlich vorzulegen.

Herr Kampmann beantragt, für die Förderung der Jubiläumsveranstaltung des Heinz-Hilpert-Theaters zusätzlich 10.000 Euro in den Haushalt einzustellen.

Nach weiterem kurzem Austausch über die Formulierung des Antrages der Fraktionen SPD und CDU wird die Sitzung um 18.15 Uhr einvernehmlich unterbrochen, um den Fraktionen Gelegenheit zur Beratung zu geben.

Um 18.20 Uhr wird die Sitzung fortgesetzt.

Herr Landrat Makiolla teilt mit, dass die Fraktionen SPD und CDU den Antrag in der ursprünglichen Form (DS 219/17) zurückgezogen hätten. Stattdessen liege ihm ein geänderter Antragstext vor, den er nun zur Abstimmung stellen werde. Herr Landrat Makiolla liest den geänderten Beschlussvorschlag vor (vgl. unter "Beschluss").

Herr Will kündigt an, die FDP-Fraktion werde dem Antrag nicht zustimmen. Für die nächste Sitzung des Ausschusses für Bildung und Kultur werde seine Fraktion beantragen, dass die sinnvolle Verwendung der umfangreichen zusätzlichen Landesmittel für die Kulturförderung durch die Verwaltung geprüft werde.

Herr Kampmann stimmt auf Nachfrage von Herrn Landrat Makiolla mit diesem überein, dass sein Antrag vom gemeinsamen Antrag der Fraktionen SPD und CDU mit umfasst werde.

### **Beschluss**

Die Haushaltsmittel für die Allgemeine Kulturförderung in Höhe von 12.800 Euro werden weiterhin zur Verfügung gestellt.

Für die Jubiläumsveranstaltung des Heinz-Hilpert-Theaters 2018 werden unabhängig von den Förderrichtlinien 10.000 Euro zusätzlich zur Verfügung gestellt.

### Abstimmungsergebnis

mehrheitlich beschlossen (60 Ja-Stimmen der Fraktionen SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,

Linksfraktion, GFL-Lünen/UWG-Selm, der Gruppe PIRATEN, des Vertreters

FW sowie des Landrates, 3 Nein-Stimmen der FDP-Fraktion)

Punkt 4.4.5 223/17 Museumspädagogik für Kinder und Jugendliche stärken und Transfer für

Schulklassen unterstützen;

Antrag der Fraktionen SPD und CDU vom 05.12.2017

### Erörterung

Für die SPD-Fraktion unterstreicht Herr Engelhardt die Bedeutung der Museumspädagogik für das Heranführen von Schülerinnen und Schülern an die Kultur. Intention des Antrages sei, die Mittel weiterhin ausschließlich für Kinder und Jugendliche einzusetzen. Zudem solle geprüft werden, ob der Transfer von Schulklassen nach Cappenberg und Opherdicke durch die VKU unterstützt werden könne.

Auf die Frage von Frau Schneider nach der Haushaltsrelevanz erläutert Herr Landrat Makiolla, dass es sich nach seinem Verständnis bei dem Antrag um eine Zweckbindung der Mittel für die Museumspädagogik für eine bestimmte Zielgruppe handele.

Auf weitere Nachfrage von Frau Schneider stellt Frau Cziehso klar, dass der zweite Satz des Beschlussvorschlages als Prüfauftrag zu verstehen sei.

### Beschluss

Die zusätzlichen Mittel für die Museumspädagogik werden wie bisher ausschließlich für die Aktivitäten mit Kindern und Jugendlichen (Schulklassen) verwandt. Der Landrat wird beauftragt, mit der VKU Gespräche darüber zu führen, wie Schulklassen beim Transfer zum Lernort Haus Opherdicke und ab 2019 Schloss Cappenberg unterstützt werden können.

Abstimmungsergebnis einstimmig beschlossen

Punkt 4.4.6 204/17

Senkung des Hebesatzes der Allgemeinen Kreisumlage durch eine Einsetzung der bilanziellen Ausgleichsrücklage in Höhe von 4,1 Mio. Euro; Antrag des FW-Mitglieds vom 05.12.2017

### **Erörterung**

Herr Stalz begründet den Antrag und unterstreicht, in den vergangenen beiden Jahren habe man die Ausgleichsrücklage in voller Höhe zur Reduzierung des Hebesatzes der Allgemeinen Kreisumlage eingesetzt. Dies sollte aus Rücksichtnahme auf die kreisangehörigen Städte und Gemeinden auch in diesem Jahr so gehandhabt werden, zumal die finanzielle Lage des Kreises inzwischen deutlich besser sei.

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN weist Herr Goldmann darauf hin, dass das Verfahren, die Ausgleichsrücklage verteilt auf drei Jahre zum Haushaltsausgleich einzusetzen, mit allen kreisangehörigen Städten und Gemeinden abgestimmt sei. Seine Fraktion werde den Antrag daher ablehnen.

Herr Kreisdirektor Dr. Wilk verweist auf seine wiederholten Ausführungen zu dem Verfahren und unterstreicht erneut, dass die Verteilung auf drei Jahre in Abstimmung mit den kreisangehörigen Kommunen erfolge, um in den kommenden Jahren Sprungeffekte zu vermeiden. Für den Haushaltsausgleich der Haushaltsjahre 2019 und 2020 würden, insbesondere in den drei Stärkungspaktkommunen, größere Probleme erwartet als 2018. Daher warne er davor, jetzt den vollen Betrag einzusetzen.

### Beschlussvorschlag

Aus der bestehenden bilanziellen Ausgleichsrücklage werden 4,1 Mio. Euro für den Ausgleich des Ergebnisplanes eingesetzt; der Hebesatz der Allgemeinen Kreisumlage wird entsprechend gesenkt.

### <u>Abstimmungsergebnis</u>

mehrheitlich nicht beschlossen (1 Ja-Stimme FW, 60 Nein-Stimmen der Fraktionen SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Linksfraktion, GFL-Lünen/UWG-Selm, FDP, der Gruppe PIRATEN und des Landrates; abwesend: Herr Hebebrand, Herr Engelhardt)

Punkt 212/17 Start des Projekts "Kommunal wird Digital" im Rahmen der Interkommuna4.4.7 len Zusammenarbeit und Bereitstellung von Planungskosten;
Antrag der FDP-Fraktion vom 06.12.2017

### Erörterung

Herr Klostermann verweist auf die schriftliche Antragbegründung und seine Ausführungen in der Haushaltsrede und unterstreicht ergänzend, es solle auch geprüft werden, inwieweit aus dem Förderfond der Landesregierung eine Co-Finanzierung der im Stellenplan vorgesehenen Stelle für das E-Government möglich sei.
Das Projekt solle interkommunal als Angebot für die Städte und Gemeinden angelegt werden, wobei der
Kreis als Koordinator fungieren und für die Beteiligung werben solle.

Herr Landrat Makiolla legt dar, dass er sich im Januar 2016 mit den Bürgermeistern der Städte und Gemeinden darauf verständigt habe, den Prozess der Digitalisierung gemeinsam zu betreiben. Da das ohne zusätzliches Personal auf Kreisebene nicht weiter möglich sei, habe die Verwaltung in der Änderungsliste zum Stellenplan die Einrichtung einer Stelle für das E-Government vorgesehen. Dadurch erhoffe er sich weitere Fortschritte. Im Augenblick könne er noch nicht sagen, ob die von der FDP-Fraktion beantragten 10.000 Euro für 2018 benötigt würden, um den Prozess weiter voranzutreiben; möglicherweise würden aber höhere Mittel in den Folgejahren benötigt. Dabei werde man dann auch versuchen, den Fond der Landesregierung in Anspruch zu nehmen. Er schlage vor, zunächst die Stelle zu besetzen und im Laufe des kommenden Jahres im Kreisausschuss über die Entwicklung zu berichten, verbunden mit einer Einschätzung, welche finanziellen Ressourcen für die kommenden Jahre benötigt würden. Auf dieser Grundlage könne die Politik dann entscheiden, ob und in welcher Höhe für 2019 zusätzliche Gelder für die Digitalisierung und das E-Government bereitgestellt werden sollten.

Herr Landrat Makiolla stellt sodann den Antrag zur Abstimmung.

Im Anschluss an die Abstimmung unterstreicht er, dass sich die von ihm aufgezeigte Perspektive grundsätzlich mit der Intention des FDP-Antrages decke. Man werde sich jedenfalls im kommenden Jahr intensiv, auch in den politischen Gremien, mit der Digitalisierung der Verwaltung und dem E-Government beschäftigen.

### Beschlussvorschlag

Der Landrat wird beauftragt, im Rahmen der Interkommunalen Zusammenarbeit mit den Städten und Gemeinden ein gemeinsames Projekt "Kommunal wird Digital" zu starten. Planungskosten von zunächst 10.000 Euro werden im Haushalt 2018 bereitgestellt. Sollte ein gemeinsames Projekt nicht möglich sein, wird dem Kreistag ein Projektplan für die Kreisverwaltung vorgelegt. Darin enthalten sind notwendige Maßnahmen, kurzfristige Realisierungsmöglichkeit und ein Finanzkonzept.

### Abstimmunaseraebnis

mehrheitlich nicht beschlossen (3 Ja-Stimmen der FDP-Fraktion, 58 Nein-Stimmen der Fraktionen SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Linksfraktion, GFL-Lünen/ UWG-Selm (1), der Gruppe PIRATEN, des Vertreters FW sowie des Landrates, 2 Enthaltungen der Fraktion GFL-Lünen/UWG-Selm)

## Punkt 4.4.8 221/17 Kosten der Unterkunft; Antrag der Fraktionen SPD und CDU vom 05.12.2017

### Erörterung

Herr Goldmann erklärt, die Kalkulation der Kosten der Unterkunft sei aufgrund der sich ändernden Rahmenbedingungen schwierig. Sollten sich diese Bedingungen wieder verschlechtern, laufe man bei einer Reduzierung des Ansatzes Gefahr, einen Nachtragshaushalt verabschieden zu müssen.

Er kritisiert zudem, dass der Landrat seine Zustimmung zu dem Antrag angekündigt habe, obwohl dieser von dem unter seiner Verantwortung aufgestellten Haushaltsentwurf abweiche. Sollte es richtig sein, dass die Mittel für die Kosten der Unterkunft aus Sicht des Landrates in der veranschlagten Höhe nicht benötigt würden, hätte er eine entsprechende Position in der Veränderungsliste erwartet.

Auf die Frage von Herrn Sell nach der Berechnungsgrundlage für den Antrag der Fraktionen SPD und CDU verweist Herr Wiggermann auf die Entwicklung der Kosten in den vergangenen Jahren. Es sei keine Berechnung erfolgt, sondern eine realistische Einschätzung der Entwicklung vorgenommen worden, basierend auf der Annahme, dass das Jobcenter weiter so gut arbeite wie zurzeit.

Herr Stalz erklärt, er teile die Einschätzung von Herrn Wiggermann, obwohl sich die derzeitige vorläufige Haushaltsführung auf Bundesebene wegen der noch ausstehenden Regierungsbildung nach Aussage von Herrn Ringelsiep durchaus negativ auf das Jobcenter auswirken könnte. Da man aber die Ausgleichrücklage nicht in Gänze für den Haushaltsausgleich eingesetzt habe, gebe es für diesen Fall noch finanzielle Reserven. Er werde dem Antrag zustimmen.

Herr Kreisdirektor Dr. Wilk erläutert, dass die Kreisumlage durch die Senkung des Ansatzes für die Kosten der Unterkunft auf 95 Mio. Euro um 866.000 Euro sinken würde. Er habe den Ansatz von 96,27 Mio. Euro basierend auf der Datengrundlage von Oktober in den Haushalt eingestellt. Nach aktuellen Schätzungen seien rund 500.000 Euro weniger Bruttoaufwand zu erwarten. Würde der Haushalt zum heutigen Tage aufgestellt, würde man also 95,8 Mio. Euro für die Kosten der Unterkunft ansetzen.

Herr Landrat Makiolla stellt klar, dass er natürlich hinter den Zahlen im Haushaltsentwurf stehe. Aufgrund der von Herrn Kreisdirektor Dr. Wilk dargestellten aktuellen Entwicklung, die sich insbesondere in den letzten Tagen ergeben habe, halte er aber die von den Fraktionen SPD und CDU beantragte Senkung und das damit verbundene Risiko für vertretbar.

In der nachfolgenden Diskussion kritisiert Herr Goldmann erneut, dass die Reduzierung des Ansatzes nicht seitens der Verwaltung über die Änderungsliste eingebracht worden sei. Herr Landrat Makiolla begründet dies damit, dass die aktuelle Entwicklung erst kurz vor der Sitzung bekannt geworden sei.

Herr Wiggermann bestätigt, dass der Antrag nicht aufgrund der vom Kreisdirektor dargestellten tagesaktuellen Entwicklung, sondern aufgrund der vorherigen Einschätzung der positiven Gesamtsituation gestellt worden sei.

Auf Nachfrage von Herr Klostermann bestätigt Herr Landrat Makiolla, dass das Risiko im Falle der Beschlussfassung des Antrags bei 800.000 Euro liege. Wie bereits dargestellt, halte er diesen Betrag, auch vor dem Hintergrund der noch vorhandenen Ausgleichrücklage, für vertretbar.

### **Beschluss**

Für die Kosten der Unterkunft werden auf Grundlage der Entwicklung der vergangenen Jahre und prognostiziert verbesserten Aussichten auf dem Arbeitsmarkt in 2018 im Haushalt 2018 insgesamt maximal 95 Mio. Euro veranschlagt.

### Abstimmungsergebnis

mehrheitlich beschlossen (47 Ja-Stimmen der Fraktionen SPD, CDU, GFL-Lünen/UWG-Selm (1), des

Vertreters FW sowie des Landrates, 15 Nein-Stimmen der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Linksfraktion, GFL-Lünen/UWG-Selm (2), FDP

und der Gruppe PIRATEN; abwesend: Frau Strathoff)

Punkt 4.4.9 236/17 Erhöhung des Haushaltsansatzes für das Kommunale Integrationszentrum,

Maßnahme "Demokratie und Rassismus in den Kommunen";

Antrag der Linksfraktion vom 09.12.2017

### Erörterung

Für die Linksfraktion lobt Herr Sell die sehr gute Arbeit des kommunalen Integrationszentrums (KI) und verweist beispielhaft auf die Veranstaltung "Demokratie rockt" für Sekundarschulen in Selm, bei der man mit den Jugendlichen zu den Themen "Demokratie und Rassismus" intensiv ins Gespräch gekommen sei. Eine solche Veranstaltung koste nach Auskunft des KI rund 1.700 Euro. Um diese künftig vermehrt für die Schulen im Kreis durchführen zu können, beantrage seine Fraktion die Erhöhung des Haushaltsansatzes, zumal die Probleme durch Rassismus in der letzten Zeit zugenommen hätten.

Für die SPD-Fraktion unterstreicht auch Frau Lindstedt die Bedeutung der Stärkung der Demokratie, um den Rassismus zu bekämpfen. Die gute Arbeit des KI in diesem Bereich sei bekannt, jedoch würden die zur Verfügung stehenden Mittel bislang noch nicht ausgeschöpft. Insofern sehe Ihre Fraktion derzeit keine Notwendigkeit, diese zu erhöhen.

Herr Sell weist darauf hin, dass nach Aussage einer Mitarbeiterin des KI für diese Veranstaltungen in den Kommunen nicht geworben werde und zeigt sich überzeugt, dass durch entsprechende Werbung die Nachfrage nach solchen Veranstaltungen an den Schulen steigen werde.

Herr Landrat Makiolla stellt klar, dass im Kreishaushalt derzeit 12.500 Euro für Antirassismusprogramme zur Verfügung stünden (5.000 Euro bei KI für "Antirassismusarbeit in den Kommunen", 7.500 Euro bei der Stabsstelle LK als "Mittel für Initiativen gegen Radikalismus, Rassismus und Neonazismus"). Das KI könne auch auf die Mittel von LK zurückgreifen. In den vergangenen Jahren seien der Topf nicht ausgeschöpft worden. Werbung, beispielsweise für das Projekt "Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage" werde durchaus betrieben, sowohl durch das KI als auch in den vergangenen Jahren intensiv von ihm persönlich. Er glaube nicht, dass fehlende Mittel hier ein Problem seien. Für die Mitarbeiterin des KI, die nur mit einem Teil ihrer Stelle das Projekt betreue, sei es schwierig, flächendeckend an alle rund 200 Schulen heranzutreten. Daher würde er sich Unterstützung und mehr Engagement in diesem Bereich durch die politisch Verantwortlichen in den Kommunen wünschen.

Herr Goldmann erklärt für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Kreistag sollte dem Antrag als politisches Signal zustimmen.

Herr Landrat Makiolla kritisiert diese Anregung als nicht zielführend. Wenn tatsächlich mehr erreicht werden solle im Kampf gegen Rassismus, brauche er mehr Personal. Daher schlage er vor, zuständigen Fachausschuss zu diskutieren, welche Ressourcen in welchem Umfang sinnvollerweise verstärkt werden sollten.

Für die SPD-Fraktion befürwortet Frau Cziehso diesen Vorschlag.

Nach weiterer kurzer Diskussion stellt Herr Landrat Makiolla den Antrag der Linksfraktion zur Abstimmung.

### Beschlussvorschlag

Der Haushaltsansatz für das kommunale Integrationszentrum für die Maßnahme "Demokratie und Rassismus in den Kommunen" wird um 5.000 Euro erhöht.

### Abstimmungsergebnis

mehrheitlich nicht beschlossen (10 Ja-Stimmen der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Linksfraktion, GFL-Lünen/UWG-Selm (2), 50 Nein-Stimmen der Fraktionen SPD, CDU, FDP, der Gruppe PIRATEN, des Vertreters FW sowie des Landrates, 1 Enthaltung GFL-Lünen/UWG-Selm; abwesend: Herr Engelhardt)

## Punkt 4.4.10 225/17 Reduzierung der Haushaltsmittel für die Nachhaltigkeitsstrategie; Antrag der Fraktionen SPD und CDU vom 05.12.2017

### Erörterung

Herr Landrat Makiolla weist darauf hin, dass der Antrag der Fraktionen SPD und CDU auf Reduzierung des Haushaltansatzes für die Nachhaltigkeitsstrategie um 15.000 Euro im Zusammenhang mit dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unter TOP 4.4.11 auf Erhöhung des Ansatzes um 8.000 Euro diskutiert werde.

Für die SPD-Fraktion erklärt Herr Enters, die 15.000 Euro seien für die Berichterstattung und die Beschreibung des weiteren Vorgehens im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie vorgesehen. Für diese Aufgabe stünden aber Bundesmittel aus dem Entwicklungshilfeministerium ("Global nachhaltige Kommune – LAG 21") zur Verfügung, so dass Kreismittel hier nicht erforderlich seien.

Herr Goldmann verweist auf seine Ausführungen in seiner Haushaltsrede zu diesem Thema und merkt an, dass die Verwaltung sicher nicht ohne Grund trotz der Streichung des Ansatzes im vergangenen Jahr durch die Fraktionen SPD und CDU für das kommende Haushaltsjahr wieder Mittel vorgesehen habe. Er sei bereit, den Antrag seiner Fraktion auf Erhöhung des Ansatzes zurückzuziehen, plädiere aber nachdrücklich für die Beibehaltung zumindest des vorgesehenen Ansatzes.

Herr Landrat Makiolla stellt zunächst den weitergehenden Antrag der Fraktionen SPD und CDU zur Abstimmung. Er weist darauf hin, dass sich im Falle der Annahme die Beratung und Beschlussfassung des Antrags der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erübrige.

### Beschluss

Der Haushaltsansatz im Teilergebnisplan 69.00.01 (Position 016) wird in Höhe von 15.000 Euro für die Nachhaltigkeitsstrategie reduziert.

### Abstimmungsergebnis

mehrheitlich beschlossen (49 J

(49 Ja-Stimmen der Fraktionen SPD, CDU, FDP, des Vertreters FW sowie des Landrates, 13 Nein-Stimmen der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Linksfraktion, GFL-Lünen/UWG-Selm sowie der Gruppe PIRATEN)

### Punkt 4.4.11 207/17

Bereitstellung von Haushaltsmitteln zur Fortführung der Nachhaltigkeitsstra-

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 06.12.2017

### Erörterung

siehe Punkt 4.4.10.

Die Beratung und Beschlussfassung des Antrags erübrigt sich.

### Punkt 4.4.12 208/17

Haushaltmittel Ökologiestation;
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 06.12.2017

### Erörterung

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erklärt Herr Goldmann, die von ihm mit der der schriftlichen Antragsbegründung vorgelegten Zahlen, insbesondere die Entwicklung der Rücklagen, belegten deutlich, dass die Mittel knapp seien. Daher wolle seine Fraktion diese für 2018 einmalig aufstocken, um eine finanzielle Schieflage zu vermeiden. Des Weiteren gehe es darum, mit dem RVR als Mitträger der Ökologiestation verlässliche finanzielle Rahmenbedingungen für die zukünftige Finanzierung der Personalkosten und des Unterhaltungsaufwandes der Ökologiestation zu vereinbaren.

Für die SPD-Fraktion beantragt Herr Enters die getrennte Abstimmung der Ziffern a) und b) des Beschlussvorschlages.

Es sei richtig, dass bezüglich des Gebäudes Renovierungsbedarf bestehe. Die Erhöhung von 8.000 Euro ohne Spezifizierung des Bedarfs unter Ziffer a) des Beschlussvorschlags trage seine Fraktion nicht mit, sei aber zu Diskussionen bereit, wenn die Geschäftsführung des Umweltzentrums eine Aufstellung über den genauen Bedarf vorlege. Der RVR müsse sich an den Kosten beteiligen, daher werde die SPD-Fraktion der Ziffer b) des Beschlussvorschlags zustimmen.

Herr Stalz äußert sein Unverständnis darüber, dass das Thema nicht zunächst in den in Kürze tagenden Gremien des Umweltzentrums diskutiert worden sei. Er sei auch der Meinung, dass der RVR hälftig an den Kosten beteiligt werden müsse. Ein entsprechender Antrag für die Verbandsversammlung sei aber von SPD und CDU nicht gestellt worden.

Herr Dr. Timpe erklärt, vor einigen Jahren mit dem RVR geführte Gespräche über eine Dynamisierung der Kosten seien nicht erfolgreich gewesen. Die erhöhten Kosten der Bauunterhaltung und die Personalkostensteigerungen hätten nunmehr zur inflationären Entwertung der Trägeranteile in Höhe von jeweils 175.000 Euro geführt.

Sicherlich könne das Umweltzentrum aufgrund der baulichen Situation auch 2018 höhere Mittel gebrauchen. Entscheidender Punkt des Antrags sei aus seiner Sicht aber Ziffer b) des Beschlussvorschlags, um die Finanzierung langfristig zu gewährleisten.

Herr Enters merkt an, dass es für 2018 eine Sponsorenzusage gebe, so dass man zumindest dringend notwendige Verbesserungen der Ausstattung werde vornehmen können.

Im Einvernehmen mit den Kreistagsmitgliedern stellt Herr Landrat Makiolla die beiden Ziffern des Beschlussvorschlags getrennt zur Abstimmung.

### Beschlussvorschlag

a) Die Haushaltsmittel für die Ökologiestation werden um 8.000 Euro in 2018 aufgestockt.

### <u>Abstimmungsergebnis</u>

mehrheitlich nicht beschlossen (11 Ja-Stimmen der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Linksfraktion und GFL-Lünen/UWG-Selm, 51 Nein-Stimmen der Fraktionen SPD, CDU, FDP, der Gruppe PIRATEN, des Vertreters FW sowie des Landrates)

## **Beschluss**

b) Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem RVR über eine Dynamisierung der Personal- und Gebäudekosten für den Erhalt der Ökostation Gespräche aufzunehmen.

### Abstimmungsergebnis

mehrheitlich beschlossen (59 Ja-Stimmen der Fraktionen SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,

Linksfraktion, GFL-Lünen/UWG-Selm, der Gruppe PIRATEN, des Vertreters

FW sowie des Landrates, 3 Nein-Stimmen der FDP-Fraktion)

# Punkt 4.4.13 227/17 Erhöhung der Haushaltsmittel für das Projekt "Naturerlebnis Lippeauen"; Antrag der Fraktionen SPD und CDU vom 05.12.2017

### Erörterung

Herr Enters weist für die SPD-Fraktion darauf hin, dass der Kreistag die Naturförderungsgesellschaft und die Biologische Station mit der Weiterentwicklung des Projekts "Naturerlebnis Lippeauen" in Richtung Werne beauftragt habe. Inzwischen liege der entsprechende Förderbescheid des Landes vor, so dass mit dem Projekt begonnen werden könne. Die 15.000 Euro seien als Anschubfinanzierung gedacht.

### **Beschluss**

Der Haushaltsansatz im Teilergebnisplan 69.00.06 (Position 16) wird um 15.000 Euro für das Projekt "Naturerlebnis Lippeauen" erhöht.

## <u>Abstimmungsergebnis</u>

einstimmig beschlossen (1 Enthaltung Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Anschluss an die Abstimmungen über die Anträge zum Stellenplan und zum Haushaltsplan erläutert Herr Kreisdirektor Dr. Wilk kurz die in der Ergänzungsdrucksache 196/17/1 dargestellten Änderungen. Wie graphisch dargestellt (vgl. Anlage 10 der Niederschrift), betrage der Hebesatz der Allgemeinen Kreisumlage unter Berücksichtigung der beschlossenen Anträge 41,78 v.H.; die Zahllast werde um 2,12 Mio. Euro auf 254.910 Euro gesenkt.

Es folgen die Abstimmungen über den Stellenplan und die Haushaltssatzung.

### Punkt 4.3 156/17/1 Stellenplan für das Jahr 2018

### **Beschluss**

Der Stellenplan für das Haushaltsjahr 2018 wird als Anlage zum Haushaltsplan mit den im Sachbericht dargestellten und den in der Sitzung des Kreistages beschlossenen Änderungen beschlossen.

### Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

### Punkt 4.4 196/17/1

Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2018; Änderungen des Entwurfes und Beschlussfassung über die Einwendungen der Städte und Gemeinden

## **Beschluss**

- 1. Den nach § 55 Abs. 2 Satz 3 Kreisordnung für das Land Nordrhein-Westfalen von den Städten und Gemeinden erhobenen Einwendungen gegen die vorgesehene Festsetzung der Allgemeinen Kreisumlage wird in dem Umfang entsprochen, wie durch den Beschluss des Kreistages zur Verabschiedung der Haushaltssatzung 2018 eine Absenkung des Hebesatzes und der Zahllast erfolgt. Im Übrigen werden die Einwendungen zurückgewiesen.
- 2. Die Haushaltssatzung des Kreises Unna für das Haushaltsjahr 2018 wird einschließlich Ergebnisplan und Finanzplan gegenüber dem Verwaltungsentwurf
  - in der der Drucksache 196/17/1 als Anlage beigefügten Fassung
  - mit den durch die Einzelabstimmung über die Anträge vorgenommenen Veränderungen beschlossen.
- 3. Der Hebesatz der Allgemeinen Kreisumlage wird auf einheitlich 41,78 v.H. der geltenden Umlagegrundlagen festgesetzt. Der Hebesatz der differenzierten Kreisumlage für die Aufgaben der Jugendhilfe wird auf einheitlich 24,10363 v.H. der geltenden Umlagegrundlagen festgesetzt.

### <u>Abstimmungsergebnis</u>

einstimmig beschlossen (1 Enthaltung FW)

### Punkt 5 180/17 Entwurf des Gesamtabschlusses für das Geschäftsjahr 2014

### **Beschluss**

Der am 08.11.2017 vom Kämmerer aufgestellte und vom Landrat bestätigte Entwurf des Gesamtabschlusses 2014 wird zur weiteren Prüfung an den Rechnungsprüfungsausschuss überwiesen.

### <u>Abstimmungsergebnis</u>

einstimmig beschlossen

Punkt 6 179/17 Beteiligungsbericht für das Geschäftsjahr 2016

Erörterung

Auf Nachfrage von Herrn Enters erläutert Herr Kreisdirektor Dr. Wilk, dass die Naturförderungsgesellschaft die Rechtsform eines eingetragenen Vereines (e.V.) habe und deshalb im Beteiligungsbericht nicht aufgeführt werde.

Herr Landrat Makiolla sagt zu, grundsätzlich die Frage zu überdenken, welche Vereine gegebenenfalls in den Beteiligungsbericht aufgenommen werden könnten.

Herr Kersting bittet im Auftrag von Herrn Kleinwächter um Korrektur des Berichts auf S. 80 (Druckversion) bzw. S. 84 (PDF). Mitglied im Verwaltungsrat GWA Kommunal sei Herr Wilfried Feldmann, nicht Herr Kleinwächter.

Der Beteiligungsbericht für das Geschäftsjahr 2016 wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 7 Strukturen der Beteiligung des Kreises Unna weiter optimieren; Tagesord-

nungspunktaufnahmeverlangen der Fraktionen SPD und CDU vom

27.11.2017

Erörterung

siehe Punkt 7.1

Punkt 7.1 230/17 Antrag der Fraktionen SPD und CDU vom 05.12.2017

Auf Vorschlag von Frau Cziehso wird der Antrag einstimmig an den Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Vergaben verwiesen.

Punkt 8 Betriebsgesellschaft Haus Opherdicke; Tagesordnungspunktaufnahmever-

langen der Fraktionen SPD und CDU vom 27.11.2017

siehe Punkt 8.1

Punkt 8.1 214/17 Antrag der Fraktionen SPD und CDU vom 05.12.2017

Auf Vorschlag von Herrn Jasperneite wird der Antrag einstimmig zur Beratung an die Kommission zur Weiterentwicklung von Haus Opherdicke sowie an den Ausschuss für Bildung und Kultur verwiesen.

Punkt 9 174/17 Beitritt des Kreises Unna zur d-NRW AöR

Beschluss

Der Kreis Unna tritt der d-NRW Anstalt öffentlichen Rechts bei und bringt sich mit dem Stammkapital in Höhe von 1.000 € ein.

Der Landrat wird beauftragt, die erforderliche Beitrittserklärung – rückwirkend zum 01.01.2017 – gegenüber der d-NRW AöR abzugeben und die Stammkapitaleinlage entsprechend einzubringen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 10 Rahmenbedingungen für Ausbildung beim Konzern Kreis verbessern; Tage-

sordnungspunktaufnahmeverlangen der Fraktionen SPD und CDU vom

27.11.2017

**Erörterung** 

siehe Punkt 10.1

Punkt 10.1 226/17 Antrag der Fraktionen SPD und CDU vom 05.12.2017

Auf Vorschlag von Frau Cziehso wird der Antrag einstimmig an den Kreisausschuss verwiesen.

Punkt 11 Einführung eines Regionaltickets prüfen; Tagesordnungspunktaufnahme-

verlangen der Fraktionen SPD und CDU vom 27.11.2017

**Erörterung** 

siehe Punkt 11.1

Punkt 11.1 215/17 Antrag der Fraktionen SPD und CDU vom 05.12.2017

Auf Vorschlag von Herrn Jasperneite wird der Antrag einstimmig an den Ausschuss für Kreisentwicklung und Mobilität verwiesen.

Punkt 12 Zeitnahe Einführung eines Azubiticket unterstützen; Tagesordnungspunkt-

aufnahmeverlangen der Fraktionen SPD und CDU vom 27.11.2017

**Erörterung** 

siehe Punkte 12.1 und 12.2

Punkt 12.1 233/17 Zeitnahe Einführung des Azubitickets unterstützen

Antrag der Fraktionen SPD und CDU vom 05.12.2017

Auf Vorschlag von Frau Cziehso wird der Antrag einstimmig an den Ausschuss für Kreisentwicklung und Mobilität verwiesen.

Punkt 12.2 211/17 Konzept zur Einführung eines Azubi-Tickets und Bereitstellung von Pla-

nungskosten;

Antrag der FDP-Fraktion vom 06.12.2017

Auf Vorschlag von Herrn Klostermann wird der Antrag einstimmig an den Ausschuss für Kreisentwicklung und Mobilität verwiesen.

Punkt 13

Ein einfaches Ticketwesen ist kundenfreundlich; Tagesordnungspunktaufnahmeverlangen der Fraktionen SPD und CDU vom 27.11.2017

**Erörterung** 

siehe Punkt 13.1

Punkt 13.1 217/17 Antrag der Fraktionen SPD und CDU vom 05.12.2017

Auf Vorschlag von Herrn Jasperneite wird der Antrag einstimmig an den Ausschuss für Kreisentwicklung und Mobilität verwiesen

Punkt 14

Nahverkehrsplan Kreis Unna; Tagesordnungspunktaufnahmeverlangen der Fraktionen SPD und CDU vom 27.11.2017

<u>Erörterung</u>

siehe Punkt 14.1

Punkt 14.1 220/17 Antrag der Fraktionen SPD und CDU vom 05.12.2017

Auf Vorschlag von Frau Cziehso wird der Antrag einstimmig an den Ausschuss für Kreisentwicklung und Mobilität verwiesen.

Punkt 15

Aufnahme von Planungen für Lückenschluss zwischen dem Radwegenetz des Kreises Unna und dem Münsterland; Tagesordnungspunktaufnahmeverlangen der Fraktionen SPD und CDU vom 27.11.2017

Erörterung

siehe Punkt 15.1

Punkt 15.1 213/17 Antrag der Fraktionen SPD und CDU vom 05.12.2017

Auf Vorschlag von Herrn Jasperneite wird der Antrag einstimmig an den Ausschuss für Kreisentwicklung und Mobilität verwiesen.

Punkt 16

Ausstattung Notarzteinsatzfahrzeuge verbessern; Tagesordnungspunktaufnahmeverlangen der Fraktionen SPD und CDU vom 27.11.2017

Erörterung

siehe Punkt 16.1

Punkt 16.1 216/17 Antrag der Fraktionen SPD und CDU vom 05.12.2017

Erörterung

Auf Vorschlag von Frau Cziehso wird der Antrag einstimmig an den Ausschuss für Feuerwehr, Sicherheit, Ordnung und Straßenverkehr verwiesen.

Punkt 17 165/17 Gründung einer "Unechten Arbeitsgemeinschaft" für die Ausbildung im Bereich der Feuerwehren

### Beschluss

Der Gründung einer "Unechten Arbeitsgemeinschaft" für die weiterführende Ausbildung der Feuerwehren im Kreis Unna zwischen dem Kreis Unna, der Stadt Hamm und den Kreisen Coesfeld und Soest wird zugestimmt.

Der Landrat wird beauftragt, den der Drucksache 165/17 als Anlage beigefügten öffentlich-rechtlichen Vertrag zu unterzeichnen.

### Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 18 185/17 Alarmierung der Bevölkerung im Falle eines Großschadensereignisses; Ta-

gesordnungspunktaufnahmeverlangen und Antrag der CDU-Fraktion vom

09.11.2017

### Erörterung

Herr Jasperneite erklärt, dass der Antrag der CDU-Fraktion mit dem vorgelegten Sachstandsbericht, Drucksache 197/17, erledigt sei. Seine Fraktion wolle nun die weitere Entwicklung abwarten.

Herr Landrat Makiolla stellt fest, dass sich damit die Abstimmung über den Antrag erübrige.

Punkt 18.1 197/17 Warnung der Bevölkerung im Kreis Unna durch Sirenen; Sachstandsbericht

Der Kreistag nimmt den Sachstandsbericht über die Warnung der Bevölkerung durch Sirenen zur Kenntnis.

Punkt 19 Fortbestand Sozialticket; Tagesordnungspunktaufnahmeverlangen der Frak-

tion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 27.11.2017

### **Erörterung**

Herr Goldmann erklärt, die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ziehe den Antrag unter Tagesordnungspunkt 19.1 zurück. Da die landesweiten Proteste zu einer Einsicht des Ministeriums geführt hätten, sei der Fortbestand des Sozialtickets für 2018 gesichert. Man werde die weitere Diskussion im Landtag beobachten.

Punkt 19.1 199/17 Resolution an die Landesregierung NRW: Erhalt der Finanzierung des Sozi-

altickets; Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 28.11.2017

### **Erörterung**

Herr Landrat Makiolla erklärt, dass sich die Abstimmung erübrige (siehe Punkt 19).

Punkt 20 167/17 Vereinbarungen zur Umsetzung und Mitfinanzierung der Schuldnerberatung im Kreis Unna

### **Beschluss**

Der Landrat wird beauftragt, auf der Grundlage der in der Anlage zur Drucksache 167/17 beigefügten neuen "Vereinbarung zur Umsetzung und Mitfinanzierung der Schuldnerberatung im Kreis Unna" mit jedem Träger eine separate Vereinbarung mit den im Einzelfall notwendigen Modifizierungen zu schließen.

Die Vereinbarung mit der S.I.G.N.A.L. Schwerte gGmbh ist bis zum 30.09.2018 zu befristen. Bis zu diesem Zeitpunkt sind Gespräche für einen Trägerwechsel von S.I.G.N.A.L. zur Zentralen Schuldnerberatung der Arbeiterwohlfahrt, Unterbezirk Unna, zu führen und zu vereinbaren. Grundvoraussetzung ist, dass ein angemessenes Beratungsangebot am Standort Schwerte beibehalten wird.

Im Übrigen ist zur Entwicklung der Schuldnerberatung, insbesondere zur Ergebnisqualität und zur Wirkungsorientierung, einmal jährlich im Ausschuss für Arbeitsmarkt und Wirtschaftsförderung zu berichten.

<u>Abstimmungsergebnis</u>

einstimmig beschlossen

Punkt 21 181/17 Richtlinien des Kreises Unna über die Gewährung angemessener

**Unterkunfts- und Heizkosten;** 

Festsetzung neuer Richtwerte für die Angemessenheit

### **Beschluss**

Für die laufenden Bedarfe der Unterkunft in den Rechtskreisen SGB II und SGB XII gelten mit Wirkung vom 01.01.2018 die im Rahmen des Fortschreibungsberichts des Konzepts zur Ermittlung der Bedarfe für Unterkunft (Stand: 11/2017) ermittelten neuen Richtwerte 2017 für die Angemessenheit laut Tabelle 24 der Anlage zur Drucksache 181/17.

<u>Abstimmungsergebnis</u>

einstimmig beschlossen

Punkt 22 Medizinstipendium Kreis Unna - Ärztemangel im Kreis rechtzeitig begegnen;

Tagesordnungspunktaufnahmeverlangen der Fraktionen SPD und CDU vom

27.11.2017

Erörterung

siehe Punkt 22.1

Punkt 22.1 218/17 Antrag der Fraktionen SPD und CDU vom 05.12.2017

Auf Vorschlag von Herrn Jasperneite wird der Antrag einstimmig an den Ausschuss für Gesundheit und Verbraucherschutz verwiesen.

Punkt 23

Psychiatrische Versorgung von Kindern und Jugendlichen; Tagesordnungspunktaufnahmeverlangen der Fraktionen SPD und CDU vom 27.11.2017

**Erörterung** 

siehe Punkt 23.1

Punkt 23.1 224/17 Antrag der Fraktionen SPD und CDU vom 05.12.2017

### Erörterung

Auf Vorschlag von Frau Cziehso wird der Antrag einstimmig an den Ausschuss für Gesundheit und Verbraucherschutz verwiesen.

Punkt 24 Weitere Erschließung Inlogpark sichern; Tagesordnungspunktaufnahmever-

langen der Fraktionen SPD und CDU vom 27.11.2017

**Erörterung** 

siehe Punkt 24.1

Punkt 24.1 232/17 Antrag der Fraktionen SPD und CDU vom 05.12.2017

Auf Vorschlag von Herrn Jasperneite wird der Antrag einstimmig an den Unterausschuss für Hoch- und Tiefbauangelegenheiten verwiesen.

Punkt 25 Realisierung der K40n während der Vollsperrung 2018; Tagesordnungs-

punktaufnahmeverlangen der Fraktionen SPD und CDU vom 27.11.2017

**Erörterung** 

siehe Punkt 25.1

Punkt 25.1 228/17 Antrag der Fraktionen SPD und CDU vom 05.12.2017

Auf Vorschlag von Frau Cziehso wird der Antrag einstimmig an den Unterausschuss für Hoch- und Tiefbauangelegenheiten verwiesen.

Punkt 26 Nutzung der Kreisstraßenränder als Blühstreifen zur Aufrechterhaltung der

Insektenartenvielfalt; Tagesordnungspunktaufnahmeverlangen der Fraktio-

nen SPD und CDU vom 27.11.2017

Erörterung

siehe Punkte 26.1 und 26.2

### Punkt 26.1 222/17 Antrag der Fraktionen SPD und CDU vom 05.12.2017

Auf Vorschlag von Herrn Jasperneite wird der Antrag einstimmig an den Ausschuss für Natur und Umwelt verwiesen.

Punkt 26.2 235/17 Aufrechterhaltung der Insektenvielfalt;

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 11.12.2017

Auf Vorschlag von Frau Schneider wird der Antrag einstimmig an den Ausschuss für Natur und Umwelt verwiesen.

Punkt 27

Rekultivierung der landwirtschaftlich genutzten Flächen im Kreis Unna für eine ökologisch nachhaltige Bewirtschaftung; Tagesordnungspunktaufnahmeverlangen der Fraktionen SPD und CDU vom 27.11.2017

**Erörterung** 

siehe Punkt 27.1

Punkt 27.1 229/17 Antrag der Fraktionen SPD und CDU vom 05.12.2017

Auf Vorschlag von Frau Cziehso wird der Antrag einstimmig zur Beratung an den Ausschuss für Natur und Umwelt verwiesen.

Punkt 28 173/17

Achtzehnte Änderungssatzung zur Vierten Abfallgebührensatzung des Kreises Unna vom 07.12.1998 (18. ÄS) - Festlegung der Abfallgebührensätze des Jahres 2018

### **Erörterung**

Für die SPD-Fraktion bedauert Herr Enters, dass die Kommunen der Idee, anlässlich des sich durch die Neuverträge mit der MVA Hamm ergebenden finanziellen Polsters zum 01.01.2018 eine neue Gebührenstruktur mit einer Grund- und einer Leistungsgebühr einzuführen, nicht gefolgt seien. Die Aufteilung hätte sicherlich zu mehr Transparenz für die Bürgerinnen und Bürger und zu neuen Steuerungsmöglichkeiten bei der Nutzung der Tonnen geführt. Die SPD-Fraktion werde das Thema daher weiter verfolgen.

Herr Jasperneite kündigt in diesem Punkt die Unterstützung seitens CDU-Fraktion an. Er kritisiert, dass in vielen Kommunen die erzielten Einsparungen bei den Müllverbrennungskosten nicht an die Bürgerinnen und Bürger weitergegeben würden und unterstreicht ebenfalls die Notwendigkeit größerer Transparenz bei den Gebührenabrechnungen.

### **Beschluss**

Die der Drucksache 173/17 als Anlage 1 beigefügte 18. Änderungssatzung zur Vierten Abfallgebührensatzung des Kreises Unna vom 07.12.1998 (18. ÄS) wird beschlossen.

## <u>Abstimmungsergebnis</u>

einstimmig beschlossen

## Punkt 29 182/17 Einleitungsbeschluss zur Änderung von Landschaftsplänen

### **Beschluss**

- 1. Die Landschaftspläne Nr. 1, 2, 3, 4, 5, 6 und 7 des Kreises Unna sind zu ändern.
- 2. Der vorgelegte Entwurf der Änderungen in Text und Karte wird gebilligt.
- 3. Der Landrat wird beauftragt, auf der Grundlage von § 20 Abs. 2 des Landesnaturschutzgesetzes (LNatSchG NRW) jeweils vereinfachte Änderungsverfahren durchzuführen.

### Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

## Punkt 30 184/17 Technologiezentren im Kreis Unna; Bericht der Wirtschaftsförderungsgesellschaft

### **Erörterung**

Herr Landrat Makiolla erinnert an die Beschlussfassung des Kreistages am 22.09.2015, mit der er beauftragt worden sei, im Einvernehmen mit den beteiligten Gesellschaftern eine integrierte Konzeption zur Zukunft der Technologiezentren im Kreis Unna vorzulegen. Der Geschäftsführer der Wirtschaftsförderungsgesellschaft (WFG), Dr. Michael Dannebom, habe auf seine Bitte hin Gespräche mit den Technologiezentren im Kreisgebiet geführt, um die Möglichkeiten einer gemeinsamen Konzeption für die zukünftige Arbeit der Technologiezentren auszuloten. Das Thema sei auch im Aufsichtsrat der WFG intensiv diskutiert worden.

Nach seinen Gesprächen sei Herr Dr. Dannebom zu folgender Einschätzung gekommen:

Die Technologiezentren-Landschaft sei im Kreis Unna vergleichsweise dicht und von ihrem Raumangebot sehr gut aufgestellt. Es werde gute Arbeit geleistet und es würden wichtige Impulse gesetzt. Die technologischen und innovationsorientierten Herausforderungen der Zukunft zwängen aber zu einer engeren Verzahnung bei gleichzeitiger Arbeitsteilung der Zentren und der Wirtschaftsförderung. Es gebe umfassende Potenziale und erhebliche Kostenvorteile, wenn die Zentren und die WFG enger zusammenrückten und stärker kooperierten. Die damit verbundenen Einsparungen sollten unbedingt für die inhaltliche und strategische Verbesserung der technologie- und innovationsorientierten Erfordernisse genutzt werden.

Die WFG könne die Umsetzung allerdings nur dann gestalten, wenn die handelnden Entscheider in der Politik, der Verwaltung und den Zentren von der Sinnhaftigkeit dieser gemeinsamen Zielsetzung überzeugt werden könnten. Dies gelte insbesondere für die politisch Verantwortlichen in den Städten und Gemeinden des Kreises Unna, die Träger eines Technologiezentrums seien.

Er rege daher an, so Herr Landrat Makiolla, dass die Fraktionen des Kreistages mit den örtlichen Fraktionen in den betroffenen kreisangehörigen Kommunen und in den kommunalpolitischen Zusammenschlüssen entsprechende Gespräche führen sollten mit dem Ziel, hier zu einer Zusammenarbeit zu kommen. Man werde nur eine vernünftige Kooperation erreichen, wenn die beteiligten Städte und Gemeinden das auch wollten.

Herr Stalz erinnert daran, dass der Antrag seinerzeit von den Fraktionen SPD und CDU gestellt und einstimmig vom Kreistag beschlossen worden sei. Er habe damals angenommen, dass darüber bei den beiden großen Parteien auf Kreisebene und in den betroffenen Kommunen Konsens bestehe. Bedauerlich und unverständlich wäre es, wenn die guten Ideen nun daran scheiterten, dass eine Kooperation in den Kommunen nicht gewünscht sei. Daher unterstütze er den Appell des Landrates, politisch entsprechende Gespräche zu führen.

Frau Cziehso erklärt, die Expertise von Herrn Dr. Dannebom sei überzeugend, und damit müsse man nun in die Räte und Fraktionen der Kommunen gehen. Die SPD werde das Thema weiter verfolgen.

Herr Landrat Makiolla schlägt vor, das Thema zu gegebener Zeit noch einmal im Ausschuss für Arbeitsmarkt und Wirtschaftsförderung aufzugreifen.

Der Bericht der Wirtschaftsförderungsgesellschaft zu den Technologiezentren im Kreis Unna wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 31

Vernetzung der Musikschulen im Kreis Unna fördern; Tagesordnungspunktaufnahmeverlangen der Fraktionen SPD und CDU vom 27.11.2017

Erörterung

siehe Punkt 31.1

Punkt 31.1 231/17 Antrag der Fraktionen SPD und CDU vom 05.12.2017

Auf Vorschlag von Herrn Jasperneite wird der Antrag einstimmig an den Ausschuss für Bildung und Kultur verwiesen.

Punkt 32 Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

### Verweisungen von Anträgen an Kommissionen

Auf Anfrage von Herrn Klostermann erklärt Herr Landrat Makiolla, dass der Kreistag Anträge auch an Kommissionen verweisen könne. Dort sei jedoch nur eine Beratung möglich, da Kommissionen keine Beschlussgremien seien.

## <u>Anlagen</u>

- 1.-8 Reden zum Haushalt 2018 der Fraktionen SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Linksfraktion, GFL-Lünen/UWG-Selm, der Gruppe Piraten sowie des Vertreters der FW
- 9. Übersicht über die Anträge der Fraktionen zum Haushalt
- Grafik Allgemeine Kreisumlage

gez. Silke Schmücker Schriftführerin ges. Michael Makiolla Vorsitzender